



Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim (BIFR)

Mitglied im Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI)
"Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr
und im Netzwerk "Stay Grounded"



15.09.2024

Der Landtag zum Flughafen

Für die Plenardebatte des Hessischen Landtags am 11.09. hatten die Regierungsfraktionen einen [Antrag](#) mit dem Titel "*Flughafen Frankfurt: Bedeutung des Drehkreuzes weiter stärken – Internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen*" eingebracht.

Neues gab es daraus natürlich nicht zu lernen, die meisten Inhalte sind [aus dem Koalitionsvertrag](#) abgeschrieben. Bestenfalls kann man aus einigen Formulierungen herauslesen, dass sich die Koalitionäre ihrer Sache inzwischen noch sicherer sind und die absolute Priorität der Interessen der Luftverkehrswirtschaft noch deutlicher herausgestellt wird.

So wird noch deutlicher als bisher ausgeführt, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens und der Airlines über allem anderen stehen soll, insbesondere natürlich über dem Klimaschutz. Dafür werden dann selbst die unzureichenden Programme der EU und der Bundesregierung kritisiert und Einschränkungen und Rücknahmen gefordert.

Zugleich sollen Subventionen für die Luftverkehrswirtschaft auf keinen Fall gekürzt, sondern insbesondere für die sog. "Sustainable Aviation Fuels" (SAF) ausgeweitet werden.

Ausdrücklich wird auch noch die Propaganda-Formel der Luftverkehrswirtschaft wiederholt, wonach "*die stark gestiegenen staatlichen Standortkosten, insbesondere die Erhöhungen der Flugsicherungskosten und der Luftverkehrsteuer ... wesentlicher Bremsfaktor bei der Erholung der Branche*" seien und gefordert: "**Hier bedarf es zügig einer Korrektur**". Die Luftverkehrssteuer soll entweder gesenkt werden oder die Erlöse daraus vollständig wieder in den Sektor zurück fließen.



HESSISCHER LANDTAG
2250 Abonnenten

Flughafen Frankfurt: Bedeutung des Drehkreuzes stärken (Teil 2/2) - 11.09.2024 - 19. Plenarsitzung



Ein bedeutender Moment in der Debatte: der zuständige Minister erwähnt (zum ersten und einzigen Mal) das Thema "Lärm".

Aber der bedeutendste Satz seiner Rede für die Anwohner war ohne Zweifel:



... wie Gesundheit und Rauchen: je mehr von Letzterem, desto weniger vom Ersten.

Zu den im Antragstext noch stärker europäisch klingenden internationalen Wettbewerbsaspekten macht der Wirtschaftsminister in der Debatte dankenswerter Weise deutlich, wie es gemeint ist:

*"Wir haben es beim Flugverkehr mit einer hoch mobilen Dienstleistung zu tun, die **nicht etwa an einen bestimmten Standort gebunden ist***

Viele wissen gar nicht, dass wir vor allem vom internationalen Luftverkehr profitieren.

Ein Großteil der Menschen, die von Frankfurt aus in die Welt fliegen, sind gar keine Deutschen, sondern sie kommen aus anderen Ländern. ...

Wir können es uns nicht erlauben, dass diese Dienstleistungen zu niedrigeren ökologischen und sozialen Standards, sei es London oder Istanbul, abgewickelt werden.

Das ist der Auftrag, den wir haben."

(zitiert nach eingeblendetem Text).

Die vielgepriesene internationale Hub-Funktion, von der der Flughafen "vor allem ... profitiert", hat also mit der Region nichts zu tun, könnte überall abgewickelt werden. Sie hier zu halten, obwohl sie nur der Fraport Profit, den Menschen der Region aber nur Lärm und Dreck bringt, sehen Koalition und Regierung als ihren Auftrag. So deutlich sagen sie selten, wem sie sich verpflichtet fühlen - und wem nicht.

Zum Schallschutz heisst es am Ende des Antrags noch vielsagend: *"Die Verringerung der Fluglärmbelastung ist daher auch weiterhin eine Daueraufgabe, die in besonderem Maße auch durch die Beschaffung von Fluggeräten der modernsten Generation realisiert wird"*, also keine eigenständige Rolle mehr spielen soll, bestenfalls in Trippelschritten vorankommen und mit dem Wachstum des Flugverkehrs nicht Schritt halten kann.

"Daneben sollen die Anstrengungen zur Reduzierung des Fluglärms sowohl im HMWVW als auch im Forum Flughafen und Region fortgeführt werden", aber in welchem Umfang, bleibt hier noch offen.

Wer sich die Debatte über den Antrag im Video ([Teil 1](#) und [Teil 2](#)) ansieht, kann allerdings durchaus noch etwas über den aktuellen Zustand der Landespolitik lernen. Die wichtigste Erkenntnis hat natürlich mal wieder [der FAZ-Korrespondent](#) formuliert: *"CDU, SPD, FDP und AfD waren sich im Grundsatz einig ..."*, und das noch weitgehender, als es der dann folgende Text beschreibt.

Dass er der Grünen-Sprecherin eine *"von der Mehrheitsmeinung abweichende Position"* attestiert, ist dagegen fragwürdig, weil sie lediglich lieber weiterhin die verschleiende Rhetorik zur Nachhaltigkeit erhalten sehen möchte, die der vorhergehende Verkehrsminister gepflegt hatte. Zur unverändert notwendigen *"Verbesserung sowohl der globalen Nachhaltigkeit des Flugverkehrs als auch ... der lokalen Bekämpfung seiner negativen Auswirkungen im Hinblick auf Lärm und Schadstoff"* hatte auch sie keine Ideen beizutragen.

Interessant war allerdings ihr Vorwurf, die Landesregierung würde im Haushaltsplan für kommendes Jahr "3,75 Mill. EUro für nachhaltigen Flugverkehr" streichen. Konkretisiert hat sie es nicht, aber man darf vermuten, dass dieses Geld insbesondere bei FFR-Projekten wie dem [Aktiven Schallschutz](#) und der [Ultrafeinstaub-Belastung](#) eingespart werden soll.

Von *"einer hitzigen Debatte"* reden, wie ein [Beitrag der FR](#) das tut, kann man nur, wenn man die parteipolitisch motivierten Streitereien in den Vordergrund rückt. Dabei ging es aber nicht um die Kernaussagen, sondern nur darum, wer die Interessen des Flughafens am glaubwürdigsten vertritt und wer in der Vergangenheit womöglich sogar Kritik an der Luftverkehrswirtschaft geübt hat.

SPD-Sprecher Weiss, der die Debatte einleitete und länger reden durfte, weil die SPD diesen Tagesordnungspunkt als für sie besonders wichtig (als "Setzpunkt") angemeldet hatte, gab sich alle Mühe zu beweisen, dass kein Koalitionszwang nötig war, um die neue Rhetorik durchzusetzen: die SPD versucht von sich aus mit aller Kraft, die anderen Parteien an Wirtschaftshörigkeit zu übertreffen. Immerhin hat er einige von den Problemen genannt, die die Luftverkehrswirtschaft [wirklich quälen](#), u.a. Lieferprobleme bei Flugzeugherstellern, Qualitätsmängel aufgrund von Personalproblemen und Wettbewerbsnachteile aufgrund der Sanktionen gegen Russland. Das hinderte ihn allerdings nicht, in das Lied vom Leiden unter staatlichen Auflagen und Abgaben einzustimmen.

Dass die FDP sich als die besten und treuesten "Freunde des Flughafens" feiert, die "Faszination am Fliegen" teilt und den Flughafen und die Fluggesellschaften am liebsten von allen staatlichen Einflüssen (ausser den Subventionen) befreien möchte und für absolute "unternehmerische Freiheit" auch für Staatsunternehmen plädiert, kommt wenig überraschend.

Kurios ist da eher, dass die AfD noch mit einem [Dringlichkeitsantrag](#) versucht hat, die anderen Parteien in der Unterstützung für die Luftfahrt noch zu übertreffen (und darin vieles formuliert, was die anderen Parteien wohl auch denken, aber sich nicht zu fordern trauen), sich dabei aber mit der Forderung nach Abschaffung "aller sogenannten Klimaschutzmaßnahmen" doch noch selbst in dieser Runde ins Abseits stellt.

Insgesamt hat diese Debatte einmal mehr deutlich gemacht, dass in diesem Landtag nur noch fossile Parteien sitzen, die versuchen, mit politischen Konzepten aus dem vergangenen Jahrhundert wirtschaftliche Strukturen zu verteidigen, die in der heutigen Welt nicht mehr überlebensfähig sind und die Klimakatastrophe befördern.

Kritik daran kommt nur noch von aussen, z.B. vom BUND Hessen, der in einer [Presseerklärung](#) zu dem CDU/SPD-Antrag feststellt: *"Damit verabschieden sich CDU und SPD endgültig von den Zielen einer Klimaneutralität bis 2045 und den zuletzt Anfang 2023 gesetzten Zielen des Klimaplanes Hessen".*

Das luftverkehrskritische "Frankfurter Bündnis der Bürgerinitiativen" (F.B.I.) zeigt sich in einer [Pressemitteilung](#) entsetzt und stellt fest: *"Wenn sich das Land Hessen als Anteilseigner für eine weitere Stärkung und Ausweitung des Drehkreuzes Frankfurt einsetze, verletze es damit seine Vorsorgepflicht für die Bürgerinnen und Bürger ... Eine Verstärkung des Drehkreuzes bedeute eine neue zusätzliche Lärm- und Schadstoffbelastung aller Menschen im Rhein-Maingebiet."*

Damit ist aber auch klar: Initiativen, die sich wirksam gegen die negativen Folgen des Luftverkehrs zur Wehr setzen wollen, müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie Unterstützung nur noch ausserparlamentarisch finden. Dort können es alle sein, die sich gegen das weitere Wachstum der fossilen Industrien, die [Zurückdrängung der Klimaschutz-politischen Maßnahmen](#) zugunsten der Zuspitzung und Militarisierung internationaler Konflikte, das Anheizen der Rüstungsspirale und den [Abbau von Menschenrechten und Demokratie](#) wehren.

Das politische Spektrum innerhalb dieser Bewegungen mag vielfältig und die Widersprüche darin teilweise schwer auszuhalten sein. Was sie einen muss, ist die Einsicht in die Notwendigkeit einer radikalen globalen sozial-ökologischen Transformation, die zur [Eindämmung der Klimakatastrophe](#) unabdingbar ist. Eine Nummer kleiner wäre mittlerweile schon zu klein.

Quelle: www.bi-fluglaerm-raunheim.de, Aktuelles

Kontakt und v.i.S.d.P.:

Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim

Dr. Horst Bröhl-Kerner, Sprecher

Bahnhofstr. 47, 65479 Raunheim

Tel. +49 6142 22577

Mail hbk@bifr.de

Web www.bi-fluglaerm-raunheim.de